

Haushaltssatzung

der Stadt Bad Vilbel für die Haushaltsjahre 2025 und 2026

Aufgrund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Februar 2023 (GVBl. S. 90, 93), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Vilbel am 12. November 2024 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 wird

im Ergebnishaushalt

| | <u>2025</u> | <u>2026</u> |
|---|-----------------|-----------------|
| <u>im ordentlichen Ergebnis</u> | | |
| mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf | 140.451.570 EUR | 145.955.350 EUR |
| mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 159.010.638 EUR | 146.481.487 EUR |
| mit einem Saldo von | -18.559.068 EUR | -526.137 EUR |
| <u>im außerordentlichen Ergebnis</u> | | |
| dem Gesamtbetrag der Erträge auf | 0 EUR | 0 EUR |
| mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 0 EUR | 0 EUR |
| mit einem Saldo von | 0 EUR | 0 EUR |
| mit einem Fehlbedarf von | -18.559.068 EUR | -526.137 EUR |

im Finanzhaushalt

| | <u>2025</u> | <u>2026</u> |
|---|-----------------|-----------------|
| mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | -8.281.668 EUR | 9.399.503 EUR |
| und dem Gesamtbetrag der | | |
| Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf | 6.129.380 EUR | 25.304.660 EUR |
| Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf | 45.167.692 EUR | 45.349.186 EUR |
| mit einem Saldo von | -39.038.312 EUR | -20.044.526 EUR |
| Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | 39.038.312 EUR | 20.044.526 EUR |
| Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf | 2.214.354 EUR | 2.278.848 EUR |
| mit einem Saldo von | 36.823.958 EUR | 17.765.678 EUR |
| mit einem Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungs- mittelbedarf des Haushaltsjahres von | -10.496.022 EUR | 7.120.655 EUR |

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im **Haushaltsjahr 2025** zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 39.038.312 EUR festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im **Haushaltsjahr 2026** zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 20.044.526 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im **Haushaltsjahr 2025** zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 32.095.000 EUR festgesetzt.

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im **Haushaltsjahr 2026** zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 8.750.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im **Haushaltsjahr 2025** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 EUR festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im **Haushaltsjahr 2026** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 12. November 2024 eine Hebesatzsatzung beschlossen. Die Angabe der nachstehenden Steuersätze der Gemeindesteuern für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 erfolgt daher lediglich nachrichtlich:

| | <u>2025</u> | <u>2026</u> |
|--|-------------|-------------|
| 1. Grundsteuer | | |
| a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf | 540 v.H. | 540 v.H. |
| b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 515 v.H. | 515 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer auf | 357 v.H. | 357 v.H. |

§ 6

Es gilt das von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans am 12. November 2024 beschlossene Haushaltssicherungskonzept.

§ 7

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans am 12. November 2024 beschlossene Stellenplan.

§ 8

Unerheblich im Sinne von § 100 Abs. 1 Satz 3 HGO sind **über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen**

im **Ergebnisplan**, wenn sie

- a) bei überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen nicht 25 % der Konto-Kostenstelle überschreiten und höchstens einen Wert von 50.000,00 EUR betragen,
- b) bei außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen den Betrag von 50.000,00 EUR nicht überschreiten,

bei **Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**, wenn sie

- a) bei überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen nicht 25 % der Konto-Kostenstelle überschreiten und höchstens jedoch einen Wert von 250.000,00 EUR betragen,
- b) bei außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen den Betrag von 250.000,00 EUR nicht überschreiten.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bis zu einer Höhe von 1.000,00 EUR gelten ohne Verfahren nach § 100 HGO als bewilligt, sofern ihre Deckung innerhalb des Fachdienstes bzw. Fachbereiches gewährleistet ist.

Bei unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bis zu einer Höhe von 10.000,00 EUR wird der Bürgermeister bzw. Erste Stadtrat ermächtigt, die Genehmigung zur Leistung dieser Aufwendungen und Auszahlungen zu erteilen.

In den Fällen von mehr als 10.000,00 EUR wird der Magistrat ermächtigt, die Genehmigung zur Leistung dieser Aufwendungen und Auszahlungen zu erteilen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist davon alsbald in Kenntnis zu setzen.

In allen übrigen Fällen ist die vorherige Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich, es sei denn, die Ausgaben sind auf gesetzliche oder tarifliche Verpflichtungen zurückzuführen.

Bad Vilbel, den 13. November 2024

DER MAGISTRAT DER STADT BAD VILBEL



A handwritten signature in black ink, consisting of several fluid, overlapping strokes.

(Bastian Zander)
Erster Stadtrat